

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anstelle neuer Sanktionspakete der EU stehen in diesem Update diesmal Sanktionserleichterungen der USA im Blickpunkt: Der seit dem 28. Februar laufende Angriff Israels und der USA auf den Iran hat direkte Auswirkungen auf die bisherige Sanktionsarchitektur. Um Druck von den Rohölmärkten zu nehmen, erlauben die USA vorläufig den Kauf russischen Rohöls, das sich zum Stichtag 12. März auf internationalen Gewässern befand. Aktuell ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Regelung modifiziert und über den 11. April hinaus verlängert wird.

Russland spült die Entwicklung dringend benötigte Einnahmen in den durch überbordende Militärausgaben und Sanktionsdruck klammen Staatshaushalt. Leidtragende ist insbesondere die Ukraine, weshalb die US-Maßnahme von EU-Vertretern stark kritisiert wird. Zwar wurden die EU-Personensanktionen gegen Russland im März turnusmäßig verlängert, das bereits für Ende Februar angekündigte 20. Sanktionspaket verzögert sich hingegen weiter. In Brüssel setzt man offenbar auf einen Führungswechsel nach der Wahl in Ungarn am 12. April. Aufgrund der stark gestiegenen Tankstellenpreise dürfte es aber generell nicht einfacher werden, umfassendere Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte in der geplanten Form durchzusetzen.

Während Russland einerseits durch steigende Rohstoffeinnahmen (Öl, Gas, Dünger) als größter Profiteur des Iran-Kriegs gilt, hat die aktuelle Lage auch Schattenseiten: Der Iran ist ein wichtiges Transitland für den russischen Handel und Lieferant von Lebensmitteln. Und auch der für die russische Sanktionsumgehung wichtige Handels- und Finanzplatz Dubai (VAE) wird durch iranische Angriffe zunehmend dysfunktional. Im Inneren setzt die russische Regierung immer mehr auf eine lückenlose Kontrolle des Internets und Sozialer Medien.

Wie immer freuen wir uns über Ihre Hinweise und Anregungen zum Update! Wir wünschen Ihnen frohe Ostertage!

Ihre Redaktion

OA-Update 2026/03
Stand: 2. April

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Abstimmungsrunde des BMWF mit Wirtschaftsverbänden zur Exportkontrolle: Prozesserleichterungen durch Allgemeingenehmigungen

Am 17. März 2026 fand eine Abstimmungsrunde zwischen Bundeswirtschaftsministerium, BAFA, Zoll und wichtigen Wirtschaftsverbänden statt. Das Treffen stand im Zeichen der Umsetzung des von der Bundesregierung zum 1. Februar eingeführten Maßnahmenpakets zur Beschleunigung von Exportgenehmigungsverfahren für Dual-use/Rüstungsgüter.

Der angekündigte Paradigmenwechsel hin zu beschleunigten und stärker standardisierten Verfahren soll insbesondere durch den erweiterten Einsatz von Allgemeingenehmigungen AGG erreicht werden. Diese sollen es Unternehmen ermöglichen, typische Exportfälle ohne aufwendige Einzelfallanträge abzuwickeln, auch wenn der europäische Rechtsrahmen weiterhin grundsätzlich eine Einzelfallprüfung vorsieht. Insgesamt gibt es bereits 48 solcher AGGs. Zuletzt wurde am 20. März eine neue AGG zur Erleichterung der Ausfuhr von Rüstungsgütern in die Golfstaaten und die Ukraine vorgestellt:

[AboserviceTitel - Bundesregierung vereinfacht Ausfuhr von bestimmten Rüstungsgütern an die Golfstaaten und die Ukraine](#)

Ein zusätzliches neues Instrument zur Beschleunigung ist das so genannte Erklärverfahren, bei dem Unternehmen mit der Antragsstellung ausführlichere Erläuterungen zum geplanten Geschäft einreichen und so die Verfahren verkürzen können. Dieses Verfahren wird zunächst getestet und ist nach Aussagen des BAFA aktuell für Chemikalien, bestimmte Werkstoffe und weniger genaue Werkzeugmaschinen möglich.

Dem BAFA ist es offenbar gelungen, Bearbeitungszeiten für Exportanträge weiter zu verkürzen. Nach dem zwischenzeitlichen Rückstau infolge des Ukraine-Krieges konnten nach Angaben des BAFA demnach die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten von rund 60 Arbeitstagen im Jahr 2022 auf aktuell etwa 20 bis 25 Arbeitstage reduziert werden. Vertreter wichtiger Verbände haben diese positive Entwicklung im Grundsatz bestätigt, wobei es weiterhin Einzelfälle gibt, bei denen Bearbeitungszeiten weit über den genannten Zeitraum hinausgehen.

Die beschriebenen Verfahrenserleichterungen wurden grundsätzlich begrüßt, ihre Umsetzung in die Praxis gilt es weiterhin zu verfolgen. Betont wurde von Verbandsseite der Wunsch nach mehr Transparenz bei den Genehmigungsverfahren und Entscheidungsprozessen. Das BMWF hat die Fortsetzung der Abstimmungsrunden angekündigt. Verbesserungsvorschläge für das Thema Exportkontrolle von Unternehmens- und Verbandsseite sind weiterhin willkommen.

RUSI-Workshop für Unternehmen zum Umgang mit Russland-Sanktionen

Am 26. März fand in Frankfurt/Main ein Sanktionsworkshop des Centre for Finance & Security des britischen Royal United Services Institute (RUSI) statt - unterstützt durch das US-Department of State. Beteiligt waren rund 45 Vertreterinnen und Vertreter internationaler Unternehmen, Finanzinstitutionen und Verbände wie der Ost-Ausschuss. Auch BAFA und Bundeswirtschaftsministerium waren vertreten.

In der Ganztagesveranstaltung wurden die komplexen Herausforderungen der Umsetzung von Finanzsanktionen gegen Russland und China seit der Eskalation des Konflikts in der Ukraine 2022 und die steigenden Anforderungen an Compliance-Abteilungen thematisiert. Die spätestens seit Antritt der Trump-Regierung zunehmende Divergenz zwischen US-, EU- und UK-Sanktionsregimen macht differenzierte Strategien notwendig, insbesondere bei Lieferketten über mehrere Jurisdiktionen und Eigentumsstrukturen. Fallstudien zeigten die schwierige Balance zwischen rechtlichen Risiken, Reputationsrisiken und geschäftlichen Interessen, wobei in Zweifelsfällen die Aufnahme einer frühzeitigen Kommunikation mit Regulierungsbehörden entscheidend ist. Komplexe Eigentums- und Kontrollstrukturen über mehrere Länder erschweren die Compliance, sodass Unternehmen intensive Due-Diligence-Prozesse und technologische Lösungen einsetzen müssen.

Sanktionen betreffen zunehmend das gesamte Unternehmen, nicht nur Compliance-Abteilungen, und erfordern Integration, enge Kooperation mit Partnern sowie technologische Unterstützung. Neue Umgehungsmechanismen wie Kryptowährungen und dezentrale Cloud-Systeme erhöhen die Risiken, da sie Transaktionen schwer nachvollziehbar machen und alternative Finanznetzwerke entstehen lassen. Unternehmen müssen ihre Strategien daher kontinuierlich anpassen und technologische Fähigkeiten stärken, um die wachsenden Anforderungen effektiv zu erfüllen.

Das RUSI veröffentlicht regelmäßig Materialien und einen Newsletter und fasst aktuelle Trends bei Sanktionsumgehungen in einem Podcast zusammen (Englisch).

Weitere Informationen und Materialien von RUSI finden Sie hier:
[Centre for Finance and Security | Royal United Services Institute](#)

Podcast:
[Suspicious Transaction Report Podcasts | Royal United Services Institute](#)

2. Deutschland

Rosneft Deutschland wird dauerhaft von US-Sanktionen ausgenommen

Die USA haben den deutschen Ableger des russischen Ölkonzerns Rosneft mit der General License Nr. 129A vom 5. März 2026 dauerhaft von ihren Sanktionen ausgenommen. Damit werde rechtlich klargestellt, dass die deutschen Rosneft-Tochterfirmen während der Treuhandverwaltung durch die Bundesregierung nicht unter die US-Sanktionen gegen die russische Muttergesellschaft fallen.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche bezeichnete die Entscheidung laut Tagesspiegel als Zeichen enger transatlantischer Zusammenarbeit. Sie sei besonders wichtig für die PCK-Raffinerie Schwedt, die ein zentraler Arbeitgeber und ein wichtiger Bestandteil der Energieversorgung in Ostdeutschland sei.

Auch der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke begrüßte den Schritt, während der Linken-Abgeordnete Christian Görke die Entscheidung als unsichere Übergangslösung kritisierte und erneut eine Verstaatlichung der Raffinerie forderte: „Das würde auch endlich Klarheit in die Eigentümerstruktur bringen, um die dringend notwendigen Investitionen am Standort und die Notifizierung des Pipelinebaus abzusichern.“

General License 129a:

[download](#)

[Schwedt und Brandenburg atmen auf: PCK dauerhaft von US-Sanktionen ausgenommen Bundesnetzagentur - Treuhandverwaltung Rosneft](#)

US-Sondergenehmigung für Geschäfte mit Lukoil-Tochter

Die US-Behörden haben mit der „General License Nr. 131D“ im Rahmen der Sanktionen nach der Executive Order 14024 bestimmte Transaktionen im Zusammenhang mit der deutschen Tochtergesellschaft Lukoil International GmbH (LIG) vorübergehend erlaubt. Die Genehmigung erlaubt bis zum 1. Mai 2026 Verhandlungen und den Abschluss sogenannter „bedingter Verträge“ über den Verkauf oder die Übertragung von LIG sowie verbundener Unternehmen. Voraussetzung ist, dass die tatsächliche Umsetzung dieser Verträge eine gesonderte Genehmigung des Office of Foreign Assets Control (OFAC) erfordert.

Zudem sind bis zu diesem Datum Transaktionen gestattet, die für den Erhalt oder die Abwicklung laufender Geschäfte von LIG notwendig sind. Auch gesperrte Konten der betroffenen Unternehmen dürfen hierfür eingeschränkt genutzt werden. Nicht erlaubt bleiben jedoch unter anderem die vollständige Freigabe blockierter Vermögenswerte, Geschäfte mit anderen sanktionierten Personen sowie Geldtransfers nach Russland.

Die neue Regelung ersetzt eine frühere Version der Lizenz und ist seit dem 30. März 2026 in Kraft.

General License Nr. 131D

[download](#)

Gleichzeitig wurden auch zwei darauf bezogene FAQ angepasst:

[1224 | Office of Foreign Assets Control](#)

[1225 | Office of Foreign Assets Control](#)

Bundesregierung vereinfacht Ausfuhr von bestimmten Rüstungsgütern in die Golfstaaten und die Ukraine

„Gemeinsam mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) setzt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) zum 20. März 2026 eine neue, auf sechs Monate befristete Allgemeine Genehmigung (AGG) für die Lieferung von Rüstungsgütern in bestimmte Länder zu Verteidigungszwecken in Kraft.“ Dies erklärte das BMWE in einer Pressemitteilung am 20. März. Ziel der neuen AGG sei es, die schnelle Lieferung von Rüstungsgütern zur Luft- und Seeverteidigung in die Golfstaaten sowie die Ukraine risikobasiert weiter zu vereinfachen.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche erklärte dazu: „Die wahllosen Angriffe des Irans auf die Golfstaaten haben zur Folge, dass dort Rüstungsgüter vor allem zur Luftverteidigung dringend benötigt werden. Gleichzeitig besteht der Bedarf der Ukraine zur militärischen Unterstützung insbesondere der Luftverteidigung unvermittelt fort. Mit der neuen, zeitlich befristeten AGG 48 passen wir unsere Verfahren der Rüstungsexportkontrolle für die Ausfuhr dringend benötigter Rüstungsgüter in diese Länder an die neuen Erfordernisse an.“

Die AGG 48 für die Ausfuhr und Verbringung mit anschließender Ausfuhr von ausgewählten Rüstungsgütern in bestimmte Länder wird zeitlich bis zum 15. September 2026 befristet. AGGs sind Ausfuhrgenehmigungen, die von Exporteuren in Anspruch genommen werden können, ohne beim BAFA zuvor einen Ausfuhrantrag stellen zu müssen. Zugelassen ist die Ausfuhr oder Verbringung von Gütern zur Verwendung zur Luftverteidigung und zur Marineverteidigung. Zu den von der genannten AGG erfassten bestimmten Bestimmungsländern zählen Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Kuwait, Bahrain, Oman sowie die Ukraine. Eine Registrierung ist erforderlich und kann bis zu 30 Tage nach der ersten Ausfuhr bzw. Verbringung erfolgen. Die AGG sieht monatliche Meldepflichten für ausführende Unternehmen und weitere Bestimmungen vor. Über Einzelheiten der neuen Maßnahme informiert das BAFA in Kürze.

[AboserviceTitel - Bundesregierung vereinfacht Ausfuhr von bestimmten Rüstungsgütern an die Golfstaaten und die Ukraine](#)

3. Europäische Union

Jahrestag des Massakers von Butscha: EU-sanktioniert Verantwortliche

Anlässlich des vierten Jahrestags des Massakers von Butscha, das sich zwischen Februar und März 2022 nördlich der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw ereignete, hat der Europäische Rat am 16. März restriktive Maßnahmen gegen neun Personen beschlossen, die eine wesentliche Rolle bei den Ereignissen gespielt haben sollen. Diese seien zudem für Handlungen verantwortlich, die die territoriale Integrität, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen.

Gelistet wurden unter anderem der russische Generaloberst Aleksandr Tschajk, ehemaliger Kommandeur des östlichen Militärbezirks und ranghöchster russischer Militärangehöriger vor Ort in der Ukraine zu Beginn der groß angelegten Invasion. Er war oberster Befehlshaber in der Ukraine, als russische Truppen in Butscha einmarschierten.

Weitere Einträge umfassen ebenfalls hochrangige Militärangehörige, die russische Truppen in der Ukraine in den ersten Tagen des Angriffs befehligt haben und die Gräueltaten an Einwohnern von Butscha und benachbarten Gebieten wie Hostomel, Irpin und Borodianka begangen haben sollen. An den genannten Orten waren Hunderte von Zivilisten ermordet worden, in einigen Fällen infolge brutaler Hinrichtungen. Russische Truppen sollen zudem an Plünderungen, Folter und der Zwangseinziehung von Zivilisten zur Beseitigung der Leichen toter russischer Soldaten beteiligt gewesen sein.

Eine der gelisteten Personen soll ein Kind aus dem von Russland besetzten Gebiet Donezk adoptiert haben, das illegal nach Russland deportiert wurde. Die Handlungen stellen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen dar, betont der Europäische Rat. Gegen die neun Personen wurde nun ein Vermögenssperre verhängt, und EU-Bürgern und -Unternehmen ist es untersagt, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus unterliegen sie einem Reiseverbot, das ihnen die Einreise in EU-Mitgliedstaaten sowie die Durchreise durch diese untersagt.

[Russia's war of aggression against Ukraine: Council sanctions nine individuals responsible for Bucha massacre - Consilium](#)

Im Interview mit der ARD-Tagesschau fordert EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas weitere Strafen gegen Verantwortliche des Massakers:

[Kaja Kallas, EU-Außenbeauftragte, über mögliche weitere Sanktionen gegen Russland | tagesschau.de](#)

EU verlängert Personensanktionen

Der Europäische Rat hat am 14. März die restriktiven Maßnahmen gegen die Verantwortlichen für Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und

Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, routinemäßig um weitere sechs Monate bis zum 15. September 2026 verlängert.

Die Listungen gelten weiterhin für mehr als 2.600 Personen und Organisationen, die als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine mit Sanktionen belegt wurden. Die Slowakei hatte bis zuletzt gefordert, die beiden Oligarchen Alischer Usmanow und Michail Fridman von der Liste zu streichen, lenkte dann aber doch in letzter Minute ein, sodass die Sanktionen einstimmig verlängert werden konnten.

Im Rahmen der Überprüfung der Sanktionen hat der Rat ferner beschlossen, zwei Personen nicht länger in der Liste zu führen. Bei ihnen handelt es sich nach Angaben aus dem EU-Amtsblatt um Maja Nikolajewna Bolotowa und Niels Troost. Bolotowa war vor allem gelistet worden, weil sie die Tochter von Nikolai Tokarew ist, der als enger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin gilt und das bedeutende russische Öl- und Gasunternehmens Transneft führt. Der niederländische Geschäftsmann Troost kam 2024 auf die EU-Sanktionsliste, weil ihm eine Mitverantwortung für Verstöße gegen den westlichen Preisdeckel für russische Ölexporte vorgeworfen worden war.

[Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: EU verlängert Listungen wegen Verletzungen der territorialen Unversehrtheit der Ukraine um weitere sechs Monate - Consilium](#)

[Ukrainekrieg: Slowakei lässt Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland doch zu | DIE ZEIT](#)

[Zoff um Oligarchen: EU hat Kompromiss zu Russland-Sanktionen | Kölsch Radio](#)

China, Türkei, VAE – Mehr als 6000 Unternehmen liefern weiter Ausrüstung an das russische Militär

Mehr als 6000 ausländische Unternehmen – die meisten davon mit Sitz in China und der Türkei – liefern trotz internationaler Sanktionen weiterhin Ausrüstung an den russischen Militär-Industrie-Komplex, wie aus einer von The Insider veröffentlichten Untersuchung hervorgeht, über die die Kyiv Post berichtet.

Das Medium analysierte russische Außenhandelsdaten für die Jahre 2024-2025 und identifizierte Tausende von Exporteuren, die direkt oder indirekt sanktionierte russische Firmen oder Auftragnehmer, die mit dem Verteidigungssektor des Landes in Verbindung stehen, mit Waren beliefern. Die Untersuchung ergab, dass etwa 4.000 Unternehmen in China oder Hongkong registriert sind, während etwa 300 ihren Sitz in der Türkei, 120 in den Vereinigten Arabischen Emiraten und 60 in Indien haben. Zusammen machen diese Firmen etwa zwei Drittel des Handels mit sanktionierten russischen Unternehmen oder Unternehmen aus, die mit dem militärisch-industriellen Komplex Russlands in Verbindung stehen.

Auf der Grundlage von Zollaufzeichnungen aus den letzten zwei Jahren schätzt The Insider den Wert dieses mit Sanktionen verbundenen Handels auf etwa sieben Milliarden Dollar.

Zu den größten chinesischen Exporteuren, die mit sanktionierten russischen Unternehmen zusammenarbeiten, gehören Shenzhen Ming Huaxin, das Drohnensteuerungen und Batterien liefert, Tenyi Technology, das elektronische Komponenten liefert, Lonking (Fujian) International Trade, das Kettenfahrzeuge exportiert, Ele Technology, ein Lieferant von Metallbearbeitungsmaschinen, und Sky Tech, ein Hersteller von Gasturbinentriebwerken.

Während China sowohl hinsichtlich der Anzahl der Unternehmen als auch des gesamten Importvolumens die führende Quelle für Waren bleibt, spielt die Türkei laut dem Bericht eine Schlüsselrolle bei der Lieferung von High-End-Ausrüstung. Der Analyse zufolge bestehen etwa 68 Prozent der Lieferungen aus der Türkei nach Russland im Bereich der Hochtechnologie – darunter Metallbearbeitungsmaschinen, Industrieelektronik, Optik sowie Ausrüstung für die Metallurgie und Energie – aus hochwertigen Produkten, die ursprünglich in Europa, Japan und Südkorea hergestellt wurden. „Dies deutet darauf hin, dass sich die Türkei effektiv auf den Weiterverkauf hochwertiger westlicher Ausrüstung an Russland spezialisiert hat“, heißt es in dem Bericht.

[Over 6,000 Foreign Firms Supplying Russia's War Industry Despite Sanctions](#)

Ukrainische Rada fordert EU zur völligen Einstellung des Handels mit Russland auf

Die Werchowna Rada der Ukraine hat einen Appell an den Ministerrat Polens sowie die Regierungen Finnlands, Litauens, Lettlands und Estlands angenommen, in dem ein vollständiges Verbot des Handels und des Warentransits mit Russland und Belarus gefordert wird. Die Verfasser des Dokuments betonen, dass der Handel der Europäischen Union mit der Russischen Föderation und der Republik Belarus trotz der verhängten Sanktionen weiterhin eine bedeutende Einnahmequelle für diese Regime darstellt und zur Finanzierung ihrer Militärindustriekomplexe beiträgt.

Gleichzeitig betonen die Abgeordneten, dass der Verlust der Logistikzentren in Polen und den baltischen Staaten für den Handel zwischen Russland und Belarus mit der EU ein schwerer Schlag für die Finanzierung des militärisch-industriellen Komplexes des Aggressors sein werde. In diesem Kontext fordert das ukrainische Parlament die Länder dazu auf, die Unterstützung der Europäischen Union zu gewinnen, um entsprechende Beschränkungen in die nächsten Sanktionspakete aufzunehmen.

[Rada fordert Partner zu einem vollständigen Handelsstopp mit Russland und Belarus auf](#)

Ungarische Regierung soll Russland zugearbeitet haben

Ein geleaktes Telefonat belastet die ungarische Regierung im Umgang mit Russland, dies berichtet unter anderem Focus Online und der österreichische Kurier. Außenminister

Peter Szijjártó soll Moskau zugesichert haben, bei der Streichung einer sanktionierten Oligarchin von der EU-Sanktionsliste zu helfen. Das geht aus einem 94 Sekunden langen Mitschnitt hervor, den die Investigativplattformen Insider und VSquare veröffentlicht haben, wie der britische „Telegraph“ berichtet.

Laut dem Bericht sagte Szijjártó in dem Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow, man werde „gemeinsam mit den Slowaken“ einen Vorschlag in Brüssel einreichen, um Gulbakhor Ismailova von der Sanktionsliste zu streichen. Der „Telegraph“ verweist darauf, dass Ismailova die Schwester von Alisher Usmanow ist, der häufig als „Putins Lieblingsoligarch“ gilt. Brüssel hatte sie im Zuge der Sanktionen gegen Vertraute des russischen Präsidenten mit Einreiseverboten belegt und ihre Vermögenswerte eingefroren.

Das in Warschau ansässige Internetportal „VSquare“ berichtet noch über ein weiteres Telefonat von Szijjarto Ende Juni 2025. Darin verspricht er dem stellvertretenden russischen Energieminister Pawel Sorokin, geplante EU-Sanktionen gegen die russische Schattenflotte von Öltankern abzuschwächen. Er habe schon 72 Firmen von der EU-Sanktionsliste gestrichen, aber es gebe 128. „Ich versuche es weiter, aber ich muss erklären, dass es im ungarischen Interesse ist.“ Deshalb wäre es hilfreich, wenn der Russe ihm Argumentationshilfen liefern könnte, warum die Russlandsanktionen schlecht für Ungarn seien.

Bereits zuvor hatten ukrainische und polnische Vertreter in Brüssel davor gewarnt, ungarische Beamte könnten vertrauliche Informationen an Russland weitergeben. Ukrainische Stellen schränken nach eigenen Angaben deshalb den Austausch klassifizierter Inhalte in EU- und Nato-Runden ein, wenn Ungarn beteiligt ist.

[Ungarn unterstützt Russland bei der Aufhebung der EU-Sanktionen - FOCUS online](#)
[Geleakter Mitschnitt: Ungarn wollte für Russland EU-Sanktionen hindern | Kurier](#)

[Ungarn: Putins Mann bei EU? Aufnahmen bringen Szijjarto in Erklärungsnot \(Paywall\)](#)

Aktualisierte FAQ der EU zu Sanktionsfragen:

Die EU hat zuletzt am 13. März 2026 ihre FAQ aktualisiert:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

4. Russland

Oligarchen sollen in russischen Haushalt einzahlen

Bei einem nicht öffentlichen Treffen beim Unternehmerverband RSPP in Moskau soll Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen beziehungsweise unterstützt haben, dass Unternehmen „freiwillige“ Beiträge zur Finanzierung staatlicher Ausgaben leisten, die im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine stehen. Die Idee soll unter anderem vom Rosneft-Chef Igor Setschin angestoßen worden sein, wobei einzelne Oligarchen hohe Summen zugesagt haben, wie die FAZ berichtete. Demnach kündigte Sulejman Kerimow an, 100 Milliarden Rubel (mehr als eine Milliarde Euro) beizusteuern. Auch Oleg Deripaska soll zu Zahlungen bereit sein.

Hintergrund sind offenbar erhebliche Haushaltsprobleme Russlands, trotz zuletzt gestiegener Öleinnahmen. Gleichzeitig bleibt die Wirtschaft durch hohe Zinsen und Kriegskosten belastet. Das offizielle Budgetdefizit belief sich im Januar und Februar auf 3,45 Billionen Rubel (etwa 37 Milliarden Euro), das entspricht 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit wurde das für das gesamte Jahr 2026 vorgesehene Defizit schon in den ersten beiden Monaten zu 90 Prozent erreicht.

Putin machte deutlich, dass der Krieg fortgeführt werden soll, mindestens bis zur vollständigen Kontrolle des Donbass. Der Kreml sprach von einem Angebot der Oligarchen an Präsident Putin und wollte nichts von einer Bitte Putins wissen. Dennoch deutet die Maßnahme auf zunehmenden finanziellen Druck hin, weshalb der Staat neben Steuererhöhungen verstärkt auf zusätzliche Einnahmequellen angewiesen ist. Auf der Suche nach Einnahmen hat Putins Regierung schon zu Jahresbeginn die Mehrwertsteuer von 20 auf 22 Prozent erhöht.

[Wladimir Putin propagiert „freiwillige“ Abgaben gegen Haushaltsdefizit | FAZ \(Paywall\)](#)

Russland will Autoklau legalisieren

Fahrzeuge, die in Europa als gestohlen gemeldet oder über Interpol zur Fahndung ausgeschrieben sind, könnten in Zukunft leichter in Russland zugelassen werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde nach Informationen der Bild-Zeitung vom russischen Innenministerium vorbereitet und auf dem russischen Portal für Gesetzesvorhaben veröffentlicht (01/05/02-26/00164880). Er muss aber noch durchs Parlament.

Nach der Begründung des russischen Innenministeriums soll die staatliche Verkehrssicherheitsinspektion (GIBDD) künftig auch Autos registrieren dürfen, die in internationalen Fahndungsdatenbanken auftauchen. Voraussetzung: Die Suche geht von „unfreundlichen“ Staaten aus und russische Bürger haben die Fahrzeuge in gutem Glauben gekauft. Das Ministerium erklärt, die Initiative diene dem Schutz der „legitimen

Interessen russischer Bürger“, die solche Fahrzeuge erworben hätten, ohne von einer Fahndung zu wissen.

„Wir haben seit Jahren stabile Kfz-Diebstahl-Zahlen auf sehr hohem Niveau. Ein solches Gesetz würde den Kampf der Sicherheitsbehörden gegen internationale Autoschieber-Banden weiter konterkarieren“, sagt Benjamin Jendro, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP) der Bild-Zeitung. „Wir sehen seit Jahren, dass Autos geklaut, nach Osteuropa gebracht und dort sofort zerlegt werden. Es gibt aber auch diverse Fahrzeuge, die quasi mittels Einkaufsliste geklaut werden und sehr schnell in Ländern landen, in denen wir nicht mehr herankommen. Mittels der bekannten Pläne würde man Kriminalität begünstigen und einen Absatzmarkt öffnen.“

[Russland plant umstrittenes Gesetz: Gestohlene Autos legal in Moskau? | Leben & Wissen | BILD.de](#)

Russische Regierung klemmt Messenger Telegram zunehmend ab

Der wegen seiner bislang weitgehend unregulierten Kommunikationsmöglichkeiten in Russland führende Messenger-Dienst Telegram funktioniert in Russland inzwischen kaum noch. Nach Angaben russischer Medien wurde der Dienst technisch inzwischen so weit gedrosselt, dass Verbindungsversuche mittlerweile im Schnitt zu fast 80 Prozent fehlschlagen. Dies berichtet unter anderem das russische Softwareunternehmen Vigo, das auf die Analyse von Netzwerken spezialisiert ist. Anfang März lag der Wert noch unter 35 Prozent. Selbst Textnachrichten würden inzwischen mit erheblichen Verzögerungen gesendet, berichtet die russische Wirtschaftszeitung Kommersant.

Im Februar war Telegram noch der meistgenutzte Messenger in Russland. Laut dem Reichweitenanalysten Mediascope nutzten fast 96 Millionen Menschen den Dienst mindestens einmal. Die Eingriffe bei Telegram belasten auch kleine und mittlere Unternehmen, deren Geschäftsprozesse auf Telegram aufbauen.

Hinter den technischen Eingriffen gegen Telegram wird eine Strategie der russischen Regierung vermutet. Der neue russische Messenger-Dienst Max (russisch: Макс), entwickelt vom russischen VK-Konzern, soll als staatlich kontrollierte Alternative Telegram und WhatsApp in Russland verdrängen. Max ist als Überwachungsinstrument konzipiert, bietet maximale Nähe zum Kreml und soll kritische Berichte gegen die Regierungspolitik, die auf Telegram frei kommunizierbar waren, unmöglich machen.

[Kurznachrichtendienst MAX - Messenger mit maximaler Nähe zum Kreml | tagesschau.de](#)
[Telegram пост сдал – Коммерсантъ](#)

Der Kampf gegen VPN-Dienste in Russland nimmt an Schärfe zu

Der russische Staat intensiviert seine Bemühungen, die Nutzung von VPN-Diensten zur Umgehung nationaler Internetsperren im Land einzuschränken. Dies berichtet der russische Kommersant. Im Zentrum der aktuellen Initiativen steht das Ministerium für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenmedien unter Leitung von Maksut Shadaev. Am 28. März führte das Ministerium nach Informationen des Kommersant zwei hochrangige Treffen durch – eines mit Telekommunikationsanbietern, ein weiteres mit Vertretern großer digitaler Plattformen. Offiziell wurden die besprochenen Maßnahmen bislang nicht veröffentlicht, doch mehrere russische Medien berichten über weitreichende Pläne.

Zu den diskutierten Vorschlägen gehört unter anderem die Einführung zusätzlicher Gebühren für intensiven internationalen Datenverkehr. Mobilfunkanbieter sollen demnach verpflichtet werden, Nutzer zur Kasse zu bitten, wenn sie monatlich mehr als 15 Gigabyte internationalen Datenverkehr verbrauchen. Diese Maßnahme könnte bereits ab dem 1. Mai greifen und würde insbesondere VPN-Nutzer treffen, da diese häufig Daten über ausländische Server leiten.

Ab dem 1. April sollen Mobilfunkkunden in Russland ihr Apple-ID-Guthaben nicht mehr über ihre Handyrechnung aufladen können. Damit würde eine wichtige Zahlungsmethode wegfallen, über die bislang auch VPN-Dienste auf Apple-Geräten finanziert werden konnten. Parallel dazu geraten auch große Internetplattformen stärker unter Druck. Unternehmen wie Yandex, VK, Ozon oder Wildberries sollen angewiesen worden sein, Nutzern mit aktivierten VPN-Verbindungen den Zugriff auf ihre Dienste zu verwehren. Gleiches gilt für große Banken und Einzelhändler.

Sollten sich diese Unternehmen nicht an die Vorgaben halten, droht ihnen offenbar die Entfernung von sogenannten „weißen Listen“, was ihre Erreichbarkeit im russischen Internet erheblich beeinträchtigen könnte. Diskutiert wird zudem die Einführung administrativer Strafen bei Nichtbefolgung, auch wenn die Behörden betonen, solche Maßnahmen möglichst vermeiden zu wollen.

Die Identifikation von VPN-Nutzern stellt jedoch eine erhebliche technische Hürde dar. Experten verweisen laut Kommersant darauf, dass Unternehmen auf komplexe Analyseverfahren zurückgreifen müssen. Dazu zählen etwa die Bewertung von IP-Adressen, Browser-Fingerabdrücke, Geolokationsdaten oder Netzwerkparameter wie TTL-Werte. Diese Methoden seien aufwendig und fehleranfällig – und könnten auch legitime Nutzer beeinträchtigen.

Trotz der verschärften Maßnahmen betonen russische Behörden, dass kein vollständiges VPN-Verbot geplant sei. Anton Gorelkin, stellvertretender Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Informationspolitik, erklärte, dass lediglich solche VPN-Dienste blockiert würden, die gegen russisches Recht verstoßen. Gleichzeitig hat die Aufsichtsbehörde Roskomnadzor ihre Aktivitäten bereits ausgeweitet: Mitte Januar wurden Beschränkungen gegen mehr als 400 VPN-Dienste verhängt – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Herbst 2025.

Minister Shadaev selbst betont, dass es primär darum gehe, die Nutzung von VPN-Diensten zu reduzieren, nicht vollständig zu unterbinden. Die Maßnahmen sollen nach Angaben seines Ministeriums mit „minimalen Konsequenzen und Belastungen für die Nutzer“ umgesetzt werden. Dennoch zeichnen die aktuellen Entwicklungen ein Bild zunehmender Kontrolle über den digitalen Raum in Russland – mit potenziell spürbaren Auswirkungen für Nutzer, Unternehmen und die digitale Wirtschaft insgesamt.

[Борьба с VPN-сервисами в России. Главное об инициативах Минцифры - Коммерсантъ](#)

Lukoil schreibt Auslandsaktiva ab

Der russische Ölkonzern Lukoil hat im Jahr 2025 seine Auslandsbeteiligungen vollständig abgeschrieben und dabei einen Wertverlust von rund 1,67 Billionen Rubel (17,6 Milliarden Euro) verbucht. Grund dafür ist der Verlust der Kontrolle über das internationale Geschäft infolge von US-Sanktionen, wodurch das Unternehmen keinen Zugriff mehr auf Management, Finanzströme oder operative Informationen seiner Auslandseinheiten hat. Die Vermögenswerte wurden daher endkonsolidiert und praktisch auf null gesetzt.

Analysten sehen darin ein klares Signal, dass Lukoil nicht mehr mit einer Rückgewinnung dieser Assets rechnet und sich künftig auf den heimischen Markt konzentrieren will. Zwar besteht formal weiterhin Eigentum, doch mögliche Verkäufe hängen von Genehmigungen der US-Behörde Office of Foreign Assets Control ab, und Einnahmen könnten vorerst blockiert bleiben.

Infolge der Abschreibungen verzeichnete Lukoil 2025 einen Nettoverlust von über einer Billion Rubel (11,2 Milliarden Euro), während das Inlandsgeschäft weiterhin profitabel bleibt. Insgesamt deutet die Entwicklung auf eine strategische Neuausrichtung hin, bei der sich der Konzern zu einem überwiegend in Russland tätigen Produzenten wandelt und seine Zukunft stärker auf inländische Förderprojekte und Kostenvorteile stützt.

[Убытки не знают границ – Коммерсантъ](#)

Hormus-Krise: Russland profitiert auch von steigenden Preisen für Düngemittel

Die Hormus-Sperrung könnte die Erlöse der russischen Düngerexporteure stark erhöhen, dies berichtet die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer. Laut UN-Handelsdaten sei Russland bereits im Jahr 2024 mit Exporten im Wert von 15,3 Milliarden Dollar Weltmarktführer gewesen, gefolgt von China mit 8,5 Milliarden Dollar. Experten erwarten bis 2030 einen Anstieg der Exporte von 45 auf 58 Millionen Tonnen. Der russische Anteil am Welthandel würde sich damit von 19 Prozent im Jahr 2025 auf 25 Prozent erhöhen

Bei der letzten Düngekrise im Herbst 2021 und nach dem 24. Februar 2022 waren die Düngerpreise zeitweise auf mehr als 1000 Dollar pro Tonne gestiegen. Ab Herbst 2022 hatten sich die Preise dann wieder normalisiert.

Die aktuelle Krise könnte länger dauern, erklärt eine aktuelle Studie des Zentrums für Agrarpolitik der North Dakota State University (NDSU). Heute gebe es in der Golfregion eine „physische Blockade“ großer Exportmengen an Düngemitteln. Solange die Straße von Hormus nicht befahren werden kann, seien unter anderem rund 43 Prozent der weltweiten per Schiff transportierten Harnstoffexporte bedroht. Je nach Dauer der Hormus-Schließung könnten die Düngerpreise auf das Rekordniveau von 2022 oder sogar darüber steigen, konstatieren die Forscher. In mittleren Szenarien im Vergleich zum Ergebnis des Jahres 2025 würden Russlands Einnahmen dann um 6,4 bis 10,2 Milliarden Dollar höher liegen.

Investitions-Einschnitte in Moskau

Die Stadt Moskau, Russlands reichste Föderationsrepublik, wird zum ersten Mal seit der COVID-19-Pandemie ihr umfangreiches Investitionsprogramm kürzen, meldet der polnische Fernsehsender TVP. Dies sei ein Zeichen für die sich verschlechternde Finanzlage der Region im fünften Jahr des Konflikts in der Ukraine. Der Sender beruft sich auf Angaben des Moskauer Bürgermeisters Sergei Sobjanin. „Die Ergebnisse der ersten beiden Monate zeigen, dass sich das Einnahmenwachstum auf zwei Prozent verlangsamt hat und damit unter den 6,5 Prozent liegt, die bei der Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplans vorgesehen waren“, sagte Sobjanin und kündigte eine Kürzung der Investitionen für 2026 um 10 Prozent von 1,2 Billionen Rubel (15,3 Milliarden Dollar) sowie einen Abbau von 15 Prozent des städtischen Personals an.

Die Einnahmen Moskaus werden für 2026 auf etwa 6 Billionen Rubel geschätzt, was mehr als zwei Prozent des russischen BIP entspricht. Viele russische Unternehmen haben ihren Sitz in der Hauptstadt und zahlen dort Steuern, was seit langem Kritik aus ärmeren Regionen hervorruft. Das konsolidierte Haushaltsdefizit Russlands, das die Bundes- und Regionalkonten zusammenfasst, stieg 2025 auf 8,3 Billionen Rubel oder 3,9 Prozent des BIP und war damit 2,6-mal so hoch wie 2024 und deutlich über dem Defizit von 2,6 Prozent auf Bundesebene.

„Während die Verschuldung auf staatlicher Ebene unter Kontrolle zu sein scheint, drängt die Regierung die Regionen faktisch zu teureren Krediten von Geschäftsbanken“, erklärte eine Bankquelle gegenüber Reuters unter der Bedingung der Anonymität. Dennoch bereitet die Zentralregierung ein umfangreiches Sparprogramm vor, um zu verhindern, dass der Fiskalreservefonds im nächsten Jahr aufgebraucht wird.

[Moscow struggling with budget management](#)

Devisenbeschränkungen werden verlängert

Die russische Zentralbank verlängert wegen westlicher Sanktionen die Beschränkungen für Bargeld in Fremdwährungen. Dies Teile die Bank in einer Pressemitteilung mit. Bürger mit Konten, die vor dem 9. März 2022 eröffnet wurden, können weiterhin höchstens 10.000 Dollar (oder den Gegenwert in Euro) in Fremdwährung abheben, sofern sie diese Möglichkeit noch nicht genutzt haben; weitere Beträge werden in Rubel ausgezahlt. Banken dürfen dabei weiterhin keine Gebühren erheben.

Überweisungen ohne Konto sowie Geld aus elektronischen Geldbörsen werden ebenfalls in Rubel ausgezahlt. Für nicht in Russland ansässige Unternehmen bleibt die Auszahlung von Bargeld in Dollar, Euro, Pfund und Yen bis zum 9. September 2026 verboten. Russische Unternehmen dürfen solche Währungen nur begrenzt für Dienstreisen abheben, während für andere Währungen keine Beschränkungen gelten.

[Банк России сохранил еще на полгода, до 9 сентября 2026 года, ограничения на снятие наличной иностранной валюты | Банк России](#)

Benzinexportverbot solle Preise in Russland stabil halten

Die russische Regierung hat ein neues Benzinexportverbot angekündigt, das von Anfang April bis 31. Juli dauern soll. So sollen die Preise an den russischen Tankstellen stabil gehalten werden. Grund für den Schritt sind die geopolitischen Turbulenzen im Zuge des Iran-Krieges und die hohe internationale Nachfrage nach Treibstoff. Russland hatte nach den massiven Angriffen der Ukraine auf Anlagen der Ölindustrie und wegen daraus folgender Defizite in der Vergangenheit immer wieder zeitlich begrenzte Exportverbote für Benzin und Diesel verhängt. Die Ukraine hatte zuletzt bei gezielten Angriffen auf die russische Ölindustrie den wichtigen Exporthafen in Ust-Luga an der Ostsee in Brand gesetzt. Von Ust-Luga aus werden neben Rohöl auch Flüssiggas (LNG), Düngemittel und Kohle verschifft.

[Ukraine-Krieg - Ukraine setzt erneut russischen Öl-Exporthafen in Brand - Politik - SZ.de](#)

5. USA

Temporäre Lockerung von Ölsanktionen

Aufgrund stark gestiegener Rohölpreise im Zuge des Iran-Krieges erlaubten die USA am 12. März befristet bis zum 11. April mit einer neuen General License (Nr. 134/134A) bestimmte Transaktionen im Zusammenhang mit russischem Rohöl und Erdölprodukten. Kerninhalt ist, dass alle üblicherweise notwendigen Transaktionen für den Verkauf, die Lieferung oder das Entladen von russischem Öl genehmigt sind, sofern die Ware spätestens am 12. März 2026 auf ein Schiff verladen wurde. Diese Genehmigung gilt bis zum 11. April 2026 (12:01 EDT). Die Lizenz umfasst ausdrücklich auch unterstützende Dienstleistungen, die für den Transport erforderlich sind, darunter:

- Hafen- und Ankeroperationen
- Sicherheit und Versorgung der Besatzung
- Notfallreparaturen und Umweltschutzmaßnahmen
- maritime Dienstleistungen wie Versicherung, Registrierung, Lotsen- und Managementleistungen

Die Genehmigung gelten auch dann, wenn die Waren von bereits sanktionierten Unternehmen stammen oder auf blockierten Schiffen transportiert werden. Die Lizenz ist zeitlich begrenzt und betrifft nur bereits verladenes Öl („wind-down“-Charakter). Sie erlaubt keine neuen Geschäfte oder darüberhinausgehende Transaktionen. Die General License dient damit der geordneten Abwicklung bereits bestehender Lieferungen russischen Öls, ohne die grundlegenden Sanktionen aufzuheben. Es ist allerdings angesichts weiter hoher Rohölpreise und des fortdauernden Krieges damit zu rechnen, dass im April eine Verlängerung der License erwogen wird.

General License 134A:

[download](#)

[download](#)

Kritiker sehen in der befristeten Genehmigung zur Abwicklung bereits verladenen russischen Öls eine faktische Abschwächung der Sanktionen auf Kosten der Ukraine, da Einnahmen für den russischen Staat erleichtert werden. Befürworter weisen darauf hin, dass die Genehmigung zeitlich begrenzt ist, nur Rohöl betrifft, das sich bereits auf Schiffen befindet und bewerten die Maßnahme generell als pragmatischen Schritt, um kurzfristige Störungen auf den globalen Energiemärkten und starke Preisschwankungen zu vermeiden.

Stanford FSI Analyse: <https://fsi.stanford.edu/publication/mistaken-sanction-relief-how-us-general-license-134a-benefits-russian-energy-companies>

Euronews Bericht: <https://www.euronews.com/business/2026/03/13/us-expands-russian-oil-waiver-to-all-buyers-in-bid-to-tame-prices>

Von der oben beschriebenen Ausnahmeregelung hatte in einem ersten Schritt durch eine General License Nr. 133 zunächst nur Indien profitiert, ehe die Regelung verallgemeinert wurde. Inzwischen wird berichtet, dass indische Raffinerien entsprechend wieder verstärkt russisches Rohöl kaufen. Staatliche indische Raffinerien verhandeln laut Insidern bereits über neue Lieferungen; rund 20 Millionen Barrel russisches Öl sollen schon gekauft worden sein. Die starke Nachfrage habe die Preise für die russische Sorte Urals deutlich steigen lassen. Indien ist stark von Energieimporten abhängig und bezieht einen großen Teil seines Öls aus dem Nahen Osten. Wegen des Konflikts in der Region sucht das Land nun zusätzliche Lieferquellen. Ob die USA dauerhaft höhere russische Ölimporte tolerieren, ist jedoch noch offen.

General License 133: Genehmigung der Lieferung und des Verkaufs von Rohöl und Erdölprodukten aus der Russischen Föderation, die am 5. März 2026 auf Schiffe nach Indien verladen wurden:

[download](#)

[Indien: Donald Trump erlaubt Neu-Delhi 30 Tage lang Einkauf von russischem Rohöl - DER SPIEGEL](#)

[Indian Refiners Are Snapping Up Russian Oil After US Waiver - Bloomberg](#)

USA erreichen Freilassung weiterer Gefangener in Belarus für Sanktionslockerungen

Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko hat am 19. März weitere rund 250 politische Gefangene freigelassen. Im Gegenzug treiben die USA unter Präsident Donald Trump die schrittweise Aufhebung von Sanktionen voran und stellen sogar ein mögliches Treffen mit Lukaschenko in Aussicht. Hintergrund der Befreiungen ist eine seit Monaten laufende Annäherung, vermittelt durch Trumps Sondergesandten John Coale, der regelmäßig nach Minsk reist, berichtet Tagesschau.de. In einer Art „Deal-Logik“ werden politische Gefangene faktisch zur Verhandlungsmasse: Mit jeder Freilassungsrunde wächst die Hoffnung Lukaschenkos auf internationale Aufwertung, insbesondere einen Besuch in Washington oder Florida.

Unter den weiteren 250 Freigelassenen sind prominente Oppositionelle und Aktivisten, viele aus dem Umfeld der Proteste von 2020. Neu ist, dass diesmal die große Mehrheit im Land bleiben durfte, während zuvor viele ins Ausland – vor allem nach Litauen oder die Ukraine – abgeschoben worden waren. Dies gilt als Zugeständnis an die USA.

Parallel dazu zeigen sich weitere Annäherungsschritte: Erste Sanktionen wurden bereits aufgehoben, Gespräche über diplomatische Beziehungen laufen, und auch Spannungen mit Litauen wurden reduziert, etwa durch die Freilassung festgehaltener Lkw-Fahrer. Insgesamt versucht Lukaschenko, aus der aktuellen US-Politik unter Trump möglichst großen Nutzen zu ziehen, kommentiert die FAZ.

[USA erreichen in Belarus die Freilassung politischer Gefangener | tagesschau.de](#)

Sanktionen wegen Cyber-Spionage

Das Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (Office of Foreign Assets Control, OFAC) des US-Finanzministeriums hat am 24. Februar laut einer Pressemitteilung Sergey Sergejevich Zelenyuk (Zelenyuk) und sein Unternehmen Matrix LLC (firmierend als Operation Zero) sowie fünf damit verbundene Personen und Organisationen wegen des Erwerbs und der Verbreitung von Cyber-Tools, die der nationalen Sicherheit der USA schaden, auf die US-Sanktionsliste gesetzt.

Zelenyuk und Operation Zero handeln laut OFAC mit „Exploits“ – Code-Teilen oder Techniken, die Schwachstellen in einem Computerprogramm ausnutzen, um Benutzern unbefugten Zugriff zu ermöglichen, Informationen zu stehlen oder die Kontrolle über ein elektronisches Gerät zu übernehmen. Das Unternehmen habe jedem, der ihnen Exploits für in den USA entwickelte Software liefert, Belohnungen angeboten. Unter den von Operation Zero erworbenen Exploits befanden sich nach USA-Angaben mindestens acht Cyber-Tools, die für die ausschließliche Nutzung durch die US-Regierung und ausgewählte Verbündete entwickelt und von einem US-Unternehmen gestohlen worden waren. Operation Zero verkaufte diese gestohlenen Tools anschließend an mindestens einen unbefugten Nutzer.

Diese Maßnahme fällt mit einer Untersuchung des Justizministeriums und des Federal Bureau of Investigation gegen Peter Williams zusammen, einen australischen Staatsbürger und ehemaligen Mitarbeiter des oben genannten US-Unternehmens, der sich am 29. Oktober 2025 in zwei Fällen des Diebstahls von Geschäftsgeheimnissen [schuldig bekannte](#). Williams stahl zwischen 2022 und 2025 mehrere proprietäre Cyber-Tools aus dem Unternehmen und verkaufte sie an Operation Zero im Austausch gegen Millionen von Dollar, die in Kryptowährungen gezahlt wurden.

[Treasury Sanctions Exploit Broker Network for Theft and Sale of U.S. Government Cyber Tools | U.S. Department of the Treasury](#)

Ausnahmegenehmigung für NIS verlängert

Das OFAC, die Kontrollbehörde des US-Finanzministeriums, hat die Betriebsgenehmigung für die einzige serbische Raffinerie NIS in Pancevo bei Belgrad bis Mitte April verlängert. Dies wurde laut Ostinsider Daily vom serbischen Energieministerium bestätigt. Die seit 2008 im Mehrheitsbesitz der russischen Gazprom befindliche NIS unterliegt seit November 2025 US-Sanktionen.

Eigentlich hatte Gazprom bereits Mitte Januar mit der ungarischen MOL-Gruppe ein verbindliches Abkommen über den Verkauf seiner NIS-Anteile in Höhe von 56,15 Prozent abgeschlossen. Laut früheren Plänen soll das Geschäft bis zum 24. März abgewickelt werden. Serbiens Präsident Aleksandar Vucic wollte jetzt allerdings nicht bestätigen, dass

die vereinbarte Frist angesichts der durch den Nahostkrieg entstandenen Erdölkrise auch eingehalten werde.

Leitlinien zu Scheingeschäften und Sanktionsumgehung

Das US-OFAC warnt vor sogenannten Scheingeschäften (sham transactions), die genutzt werden, um Sanktionen zu umgehen. Dabei übertragen sanktionierte Personen ihr Vermögen nur formal an Dritte (z. B. Familienmitglieder, Strohleute oder Trusts), behalten aber faktisch weiterhin die Kontrolle oder den Nutzen daraus.

Das OFAC stellt in einem am 31. März veröffentlichten Dokument klar, dass solche Transaktionen rechtlich nicht anerkannt werden: Vermögenswerte bleiben trotz formaler Übertragung weiterhin „blockiert“, wenn ein tatsächliches wirtschaftliches Interesse der sanktionierten Person besteht.

Typische Methoden der Verschleierung:

- Nutzung von Trusts, Briefkastenfirmen oder komplexen Firmenstrukturen
- Übertragung an Familienmitglieder oder enge Vertraute
- Einsatz von Strohleuten oder Vermittlern
- Umbenennung oder Neuorganisation sanktionierter Unternehmen

Wichtige Warnsignale (Red Flags):

- Unwirtschaftliche oder ungewöhnliche Transaktionen
- Übertragungen an nahestehende Personen
- Fehlender klarer wirtschaftlicher Zweck
- Komplexe und intransparente Firmenstrukturen
- Weiterhin erkennbare Einflussnahme des sanktionierten Akteurs
- Transaktionen kurz vor oder nach einer Sanktionierung
- Ausweichende oder unklare Antworten zu Eigentumsverhältnissen

Unternehmen und Finanzinstitute sollen bei Verdachtsmomenten sorgfältige Prüfungen durchführen. Wenn weiterhin ein Interesse einer sanktionierten Person besteht, müssen Vermögenswerte eingefroren und gemeldet werden. Auch indirekte Geschäfte sind ohne Genehmigung verboten.

[OFAC SANCTIONS ADVISORY - Guidance on Sham Transactions and Sanctions Evasion](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Britische Regierung verstärkt Vorgehen gegen russische Schattenflotte

Die britische Regierung hat der Armee des Landes die Erlaubnis erteilt, sanktionierte Schiffe der russischen Schattenflotte beim Durchqueren britischer Hoheitsgewässer zu entern und zu beschlagnahmen. Dies berichtet die Nachrichtenagentur AFP.

Großbritanniens Premierminister Keir Starmer habe zugestimmt, „dass die britischen Streitkräfte und Strafverfolgungsbehörden nun Schiffe stoppen können, die vom Vereinigten Königreich sanktioniert wurden und britische Gewässer durchqueren“, teilte die britische Regierung am 25. März mit.

Großbritannien erhöhe den Druck auf Russlands Präsidenten Wladimir Putin, erklärte Downing Street. London werde „die Schattenflotte weiter in die Zange nehmen, indem es britische Gewässer, einschließlich des Ärmelkanals, für sanktionierte Schiffe sperrt“. Das werde die Betreiber der Schiffe „zwingen, entweder auf längere, finanziell schmerzhaftere Routen auszuweichen oder zu riskieren, von britischen Kräften festgesetzt zu werden.“

Der Kremlchef „reibt sich angesichts des Kriegs im Nahen Osten die Hände, weil er glaubt, dass höhere Ölpreise ihm die Taschen füllen werden“, erklärte Starmer. „Deshalb gehen wir noch härter gegen seine Schattenflotte vor.“ Damit würden Putin die „schmutzigen Profite“ für die russische Kriegsmaschinerie entzogen werden.

Als Schattenflotte werden die oft veralteten und unter fremder Flagge fahrenden Schiffe bezeichnet, mit denen Russland unter anderem das Öl-Embargo umgeht. Sie stehen zudem in Verdacht, an hybriden Angriffen gegen den Westen im Auftrag Russlands beteiligt zu sein, etwa an Beschädigungen von Unterwasserkabeln in der Ostsee. Seit dem Beginn des Ukraine-Krieges hat die britische Regierung eigenen Angaben zufolge bereits mehr als 500 dieser Schiffe auf ihre Sanktionsliste gesetzt.

(Tagesspiegel Paywall)

[Putins Schattenflotte: London erlaubt der Marine, sanktionierte Schiffe zu entern](#)

7. Blick über den Tellerrand

EU hebt Sanktionen gegen Kosovo auf

Alle wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen den Kosovo, die im Mai 2023 aufgrund von Spannungen mit ethnischen Serben im Norden des Landes verhängt worden waren, sind aufgehoben worden, erklärte Jiri Plexity, Leiter des Referats für Serbien und den Kosovo in der EU-Kommission. Darüber berichtet „SeeNews“.

„Ich kann bestätigen, dass die Kommission die gesamte Finanzhilfe freigegeben hat, die zuvor unter den Maßnahmen stand, und wir planen, eng mit unseren Partnern im Kosovo zusammenzuarbeiten, um das Kosovo wieder auf Kurs in Bezug auf seine EU-Agenda zu bringen“, sagte Plexity während einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Kommission, wie aus einem auf der Website des Europäischen Parlaments veröffentlichten Video hervorgeht.

Die EU habe im Mai 2025 damit begonnen, die Sanktionen gegen den Kosovo schrittweise aufzuheben, erklärten Beamte damals. Im Dezember kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die Aufhebung der letzten verbleibenden Beschränkungen bis Ende Januar 2026 an. Die Union hatte die Sanktionen mit der Untätigkeit Pristinas bei der Deeskalation der Spannungen in den serbisch dominierten Gemeinden im Norden des Kosovo begründet.

EU setzt Visa-Freiheit für georgische Diplomaten aus

Die Europäische Kommission hat laut einer Pressemitteilung die Visumbefreiung für Inhaber georgischer Diplomaten-, Dienst- und Amtspässe ausgesetzt. Georgische Diplomaten und Beamte müssen nun für die Einreise in den Schengen-Raum im Besitz eines Visums sein. Die Entscheidung sei eine Reaktion auf die vorsätzliche und anhaltende Verletzung der Verpflichtungen, die Georgien im Rahmen seiner Visumbefreiung mit Blick auf Demokratie und Grundrechte eingegangen ist. Der Beschluss folgt auf die Zustimmung der Mitgliedstaaten. Es ist nach EU-Angaben das erste Mal, dass ein neuer verstärkter Visa-Aussetzungsmechanismus angewendet wird.

[Georgien: EU-Kommission setzt visumfreies Reisen für Diplomaten und Beamte aus - Vertretung in Deutschland](#)

Russischer Tanker erreicht Kuba

Die USA lockern offenbar ihre faktische Öl-Blockade gegen Kuba: Ein russischer Öltanker ist offenbar auf dem Weg zur Karibikinsel, wie die New York Times unter Berufung auf einen US-Regierungsvertreter am 30. März berichtete. Auch Daten zur Schiffsverfolgung zufolge ist der mit US-Sanktionen belegte Tanker „Anatoly Kolodkin“ auf dem Weg nach

Kuba, dies berichtet Tagesschau.de. Der Tanker hat den Daten zufolge bereits kubanische Gewässer erreicht. Zuvor hatte die New York Times gemeldet, die US-Küstenwache habe das Schiff passieren lassen. Warum die Regierung von US-Präsident Donald Trump die Lieferung zulasse, sei unklar gewesen, heißt es in dem Zeitungsbericht weiter.

Trump selbst scheint sich zumindest nicht daran zu stören: „Wenn ein Land jetzt gerade etwas Öl nach Kuba schicken will, habe ich kein Problem damit, ob es nun Russland ist oder nicht“, sagte er an Bord der Präsidentenmaschine Air Force One.

Die Lieferung dürfte die angespannte Lage in Kuba deutlich lindern. Dem kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel zufolge hat das Land seit drei Monaten keine Ölimporte mehr erhalten. Dies führte zu einer strikten Rationierung von Benzin und verschärfte eine Energiekrise, die landesweit mehrfach Stromausfälle zur Folge hatte. Die Regierung in Washington hatte Öllieferungen nach Kuba faktisch blockiert, um den Druck auf die Führung in Havanna zu erhöhen.

[USA lassen offenbar russischen Öltanker nach Kuba | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

8. Termine

14. April 2026: 3. Forum Wirtschaftssanktionen, 13:00-18:30 Uhr, Frankfurt

Am Dienstag, den 14. April 2026, findet in Frankfurt/Main das 3. Forum Wirtschaftssanktionen von PwC statt. Die Veranstaltung besteht aus Workshops, Diskussionsrunden und Impulsvorträgen zu aktuellen Sanktionsthemen. Unter anderem werden Experten aus dem Auswärtigen Amt, aus Industrie und Finanzwirtschaft sowie von Wirtschaftsverbänden zu Wort kommen.

Zielgruppe der Veranstaltungen sind Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, die sich über aktuelle Sanktionsentwicklungen informieren und ihre Compliance verbessern wollen. Austragungsort ist das PwC Experience Center (Tower 185) in Frankfurt am Main. Im Anschluss an die Tagung besteht ab 18:30 Uhr im Rahmen eines Get-Togethers die Möglichkeit zur weiteren Vernetzung.

Anmeldung und weitere Informationen: [3. Forum Wirtschaftssanktionen 2026](#)

9. Tipps & Links

Russland setzt zur Umgehung von Sanktionen zunehmend auf **Kryptowährungen**. Auf diesem Wege gelingt es dem Land offenbar auch weiterhin insbesondere an kriegswichtiges Material zu kommen. In dieser RUSI-Analyse werden die Umgehungswege im Finanzbereich beschrieben: [The Shadow Crypto Economy Feeding Russia's War Machine | Royal United Services Institute](#)

FOI ist ein schwedisches Forschungsinstitut der Regierung, das sich auf Verteidigung und Sicherheit konzentriert. Für das Institut hat Alena Epifanova, die derzeit auch Gastwissenschaftlerin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) ist, eine Studie mit dem Titel „**Russian Big Tech: Building and Exporting a Sovereign Internet**“ vorgelegt, in der sie russische Technologieunternehmen wie Rostelecom, MTS, VK und Yandex und deren Rolle bei der Entwicklung eines „russischen Internets“ untersucht. Laut Epifanova sind diese Unternehmen nicht nur wichtige Säulen der russischen Zensur- und Überwachungsarchitektur im Inland, sondern dienen auch als wichtige Kanäle, über die autoritäre digitale Praktiken ins Ausland exportiert werden.

[Russian Big Tech: Building and Exporting A "Sovereign Internet" - Totalförsvarets forskningsinstitut - FOI](#)

Die Nachrichtenagentur Reuters hat die Entwicklung der **Infrastruktur in den von Russland besetzten ostukrainischen Gebieten** systematisch untersucht und spricht von tausenden von Kilometern neu gebauter oder wiederhergestellter Gleise und Straßen. Russland habe bereits etwa 12 Milliarden Dollar investiert, um die Gebiete mit seinem Territorium und der Krim zu verbinden. [Welcome to 'New Russia': How the Kremlin is remaking occupied Ukraine | Reuters](#)

In Zusammenarbeit mit einem Konsortium internationaler Medienorganisationen unter dem Dach des Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) hat Bird.bg kürzlich einen umfassenden Bericht mit dem Titel „**Spione, Lügen und Klicks: Die böse Welt der pro-russischen Desinformation in Europa**“ veröffentlicht. Diese Untersuchung deckt nach eigenen Angaben die verschiedenen Ebenen einer pro-russischen Desinformationsmaschine auf, die in ganz Europa operiert, und zeigt, wie staatlich gelenkte Akteure Online-Plattformen nutzen, um Falschinformationen zu verbreiten und das Vertrauen in westliche Institutionen zu untergraben. Der Bericht beleuchtet Mario Rönsch, den Herausgeber von Anonymous News als einen wichtigen Akteur, der nun in Russland ansässig ist. Weitere Persönlichkeiten und prominente Kreml-Propagandisten wie Propagandist Vladimir Solovyov erweitern die Reichweite des Netzwerks zusätzlich, mit Kanälen, die über 76.000 Abonnenten und Millionen von YouTube-Aufrufen vorweisen können.

[Exposing the shadows: groundbreaking investigation into Russian disinformation networks – EUalive](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMW-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMW - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMW - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

EU-Dokumente zum 19. Sanktionspaket

[Verordnung \(EU\) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2025/2037 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#) (Sanktionierte Personen und Unternehmen)

Sanktionen gegen Belarus vom 23. Oktober 2025:

[Verordnung \(EU\) 2025/2041 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2039 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen (Stand 17. Dezember 2025)

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

[EU Sanctions Map](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:
[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Ukraine

Ukrainisches Portal mit Recherchemöglichkeiten zu allen weltweit sanktionierten Unternehmen:

[The main portal about sponsors and supporters of the aggression](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenaufruf : Wärme für die Ukraine!

In einem Winter mit Temperaturen bis minus 30 Grad sehen sich die Menschen in der Ukraine unaufhörlichen Luftangriffen der russischen Armee auf ihre Wärme- und Stromversorgung ausgesetzt. Als Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft rufen wir Privatpersonen und Unternehmen dringend zur Unterstützung von Initiativen auf, um diese unbeschreibliche Not zu lindern:

Für Unternehmen:

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Task Force zur Unterstützung der ukrainischen Energieversorgung eingerichtet. Gesucht wird dringend technische Ausrüstung wie etwa Transformatoren, Reparaturfahrzeuge, Schaltanlagen oder andere Anlagenkomponenten.

Senden Sie Ihre Spendenangebote entweder an die Task Force:

TF-Ukrainehilfe@bmwe.bund.de

oder an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ:

helpenergyukraine@giz.de

Für alle Interessierten:

Über die Berliner Initiative „Ukraine2Power“ können Sie direkt für die Versorgung der Menschen in der Ukraine spenden:

U2P – Ukraine to Power

Für 80 Euro kann bereits ein Wärme- und Überlebenssets für Wohnungen bereitgestellt werden. Dieses besteht unter anderem aus einem Camping-Gaskocher für warme Getränke, einer elektrischen Heizdecke, Powerbanks und chemischen Handwärmern.

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

